

Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal

Landschaftsverband Rheinland
Frau Landesdirektorin Ulrike Lubek
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln

- über Fax -

21.11.2012

Tel. 0202/563-68 15

Fax: 0202/563-80 20

Sehr geehrte Frau Lubek,

wie wir durch unsere Vertreter in den Gremien Ihres Hauses erfahren haben, soll der Landschaftsausschuss am 23.11.2012 über die Realisierung eines Projektes entscheiden, das erhebliche Kosten verursachen wird – und zwar geht es um die Archäologische Zone/Jüdisches Museum in Köln.

Hierzu soll vom Landschaftsverband die komplette Projektsteuerung und Entwicklung der Museumskonzeption sowie die spätere 100%ige Trägerschaft für den Betrieb als LVR-Museum wahrgenommen werden.

Mit der Übernahme dieser zusätzlichen, freiwilligen Aufgabe durch den Landschaftsverband kommt es zu einer erheblichen Belastung zukünftiger Haushalte mit einem konsumtiven Aufwand von rd. 5 bis 8 Millionen Euro pro Jahr.

Der nach Abzug der Erträge verbleibende Nettoaufwand für das geplante neue LVR-Museum wird aus der vom Landschaftsverband Rheinland zu deckenden Umlage zu finanzieren sein.

Der von Ihnen eingebrachte Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes sieht weder im Haushaltsjahr 2013 noch in der Finanzplanung Veranschlagungen für das Projekt vor.

Ich halte eine solche Maßnahme vor dem Hintergrund der bestehenden finanziellen restriktiven Rahmenbedingungen für überhaupt nicht vertretbar – und in der Öffentlichkeit auch nicht vermittelbar.

Dass dieses Projekt, das in Köln realisiert wird und deren bauliche Investitionen auch von dort getragen werden, sicherlich große kulturpolitische Bedeutung für die Dokumentation jüdischen Lebens und die archäologischen, geschichtlichen Bezüge hat, ist völlig unbestritten.

Es kann jedoch nicht sein, dass die Kommunen hier – quasi ohne jede vorherige Mitbeteiligung – an den Kosten beteiligt werden sollen.

Für die Stadt Wuppertal entstehen – wenn es zu der bisher üblichen Umlagefinanzierung kommt – durch dieses Projekt jährliche zusätzliche Belastungen von rd. 290.000 Euro.



Mit allergrößten Anstrengungen haben wir es geschafft, einen – zwischenzeitlich auch von der Bezirksregierung genehmigten – Haushaltssanierungsplan aufzustellen, der uns in die Lage versetzt, am Stärkungspakt des Landes teilzunehmen.

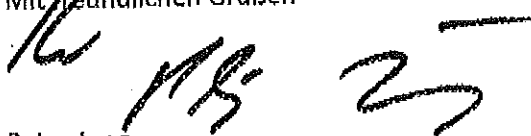
Dieser Haushaltssanierungsplan bedeutet harte Einschnitte, die auch unmittelbar die Bürgerinnen und Bürger – sowohl durch erhöhte Steuern und Abgaben, als auch durch Reduzierungen des Dienstleistungsangebotes – treffen.

Dieses Projekt soll unserer Kenntnis nach mit einer Gesamtgrößenordnung von rd. 50 Millionen Euro in voller Trägerschaft des Landschaftsverbandes mit der Folge, dass die Betriebskosten ohne einen Eigenanteil der Standortkommune (Köln) übernommen werden, realisiert werden. Da damit auch nicht unerhebliche Kosten auf die Kommunen zukommen, kann dies bei den Betroffenen nur zu Unverständnis und Ablehnung führen.

Also: So wünschenswert dieses Vorhaben auch ist: Ich appelliere an Sie und die Mitglieder des Landschaftsausschusses, von einer Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an der in Köln geplanten Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum Abstand zu nehmen und den zur Beschlussfassung am 23.11.2012 vorliegenden Antrag in der Landschaftsversammlung abzulehnen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben allen Mitgliedern des Landschaftsausschusses vor der abschließenden Beratung zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen


Peter Jung